

LOTHAR SCHRÖTER

## Die militärische Machtentfaltung der Europäischen Union

Im Juni 1992 wurden mit den Petersberger Aufgaben die denkbaren militärischen Einsatzvarianten der EU umrissen. Danach sollten Truppen eingesetzt werden können für

- »humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze,
- friedenserhaltende Einsätze sowie
- Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen ...«<sup>1</sup>

Meine These: *Dieser Aufgabenkanon ist einzig und allein darauf abgestellt, die EU machtpolitisch, d. h. militärisch, handlungsfähig zu machen.*<sup>2</sup> Darauf weist die tatsächliche Gewichtung der Petersberger Aufgaben hin. Untersuchen wir sie.

An die erste Stelle wurden humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze befördert. Es wird der Eindruck erweckt, als handle es sich um die den EU-Streitkräften zugeordnete wichtigste Aufgabe. Entsprechend liegt nahe, dass in erster Linie Einsätze zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie von Infrastrukturanlagen und Ressourcen bei und nach Katastrophen, so auch nach kriegerischen Auseinandersetzungen, gemeint sind.

Doch: Für all das werden militärische Kontingente entweder überhaupt nicht bzw. äußerstenfalls nur kleine Spezialeinheiten benötigt. Eine Truppe von 60 000 bis 180 000 Mann, wie sie die EU plant, scheidet dafür jedenfalls aus. Zur Bekämpfung von Katastrophen und zur Nachsorge eignen sich vielmehr Formationen am besten, die dafür speziell vorbereitet und ausgestattet sind. Das sind nicht Streitkräfte, die für die Anwendung bewaffneter militärischer Gewalt ausgerüstet und ausgebildet werden, sondern Kräfte der Zivilverteidigung. Im Vergleich zu dieser sind Truppen bei Katastrophen dazu noch erheblich kostenintensiver.

In Deutschland gibt es die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW).<sup>3</sup> Sie ist das Kernstück des Katastrophenschutzes im gesetzlich 1997 und 2002 nach dem Kalten Krieg neu geregelten Zivilschutz der Bundesrepublik Deutschland.<sup>4</sup> Das THW ist grundsätzlich in der Lage, für die Abwehr und die Bewältigung von Natur-, technischen und anderen Katastrophen herangezogen zu werden. Mehr noch: Durch die hohe Qualifikation der THW-Helfer könnten sie sogar einen nachhaltigen Beitrag dazu leisten, derartigen Unglücken vorzubeugen.

Humanitäre Aufgaben könnten aber auch in der Versorgung mit Nahrungsmitteln, einschließlich Trinkwasser, in der Betreuung von Flüchtlingen, im Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen oder in

Lothar Schröter – Jg. 1952; Dr. sc. phil., Major a. D. der Nationalen Volksarmee der DDR; 1974 bis 1990 wissenschaftlicher Assistent und Dozent sowie Fachgruppenleiter Militärgeschichte der BRD und zuletzt Abteilungsleiter Militärgeschichte der NATO und der BRD am Militärgeschichtlichen Institut der DDR Potsdam. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Streitkräfte gegen Terroristen, Heft 149 (März 2003)

1 Zitiert nach Vertrag über die Europäische Union (EU). Vom 7. Februar 1992 in der Fassung vom 2. Oktober 1997, in: Thomas Laufer (Hrsg.): Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleittexten, Bonn 1999, S. 28.

der Förderung von Entwicklung, also in der Entwicklungshilfe, bestehen.

Warum soll man dies alles Streitkräften übertragen? Ist es nicht sehr viel zweckmäßiger, die dazu schon bestehenden diversen Organisationen – Rotes Kreuz, Gelbes Kreuz, Blaues Kreuz, Deutscher Entwicklungsdienst (DED) und andere Entwicklungshilfeorganisationen – und mit ihnen die Katastrophenhilfsorganisationen im gesamten EU-Raum endlich so finanziell und technisch auszustatten, dass sie den tatsächlich für sie anstehenden Aufgaben auch gerecht werden können? Das würde die Staatshaushalte im Übrigen finanziell weit weniger belasten, als wenn man diese wesensfremde Aufträge Armeen zuteilt. Zudem: Hilfsorganisationen werden als solche gleich erkannt. Rücken Truppen an, wird das Misstrauen nie gänzlich überwunden werden können. Hilfsaufgaben den dafür am besten geeigneten zivilen Trägern anzuvertrauen, d.h. sie dorthin zu verweisen, wo sie hingehören, würde schließlich und vor allem ein Beitrag zur Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen sein.

Blieben bei den humanitären noch Sicherungsaufgaben. Sollte man dafür nicht besser Polizeiformationen vorsehen? Polizeien sind fast ausschließlich nach innen gerichtete Organe des zivilen Staates. Sie sind kein Militär, welches ein Instrument der Außenpolitik ist. Und so wird das in eventuellen Einsatzräumen auch verstanden. Mittlerweile liegt ja auch die positive Erfahrung aus Namibia vor. Dort ging 1989 die Mission der Polizeien beider deutscher Staaten, dazu noch in einer früheren deutschen Kolonie, bei der Absicherung des Übergangs zu Unabhängigkeit und Demokratie mit Erfolg zu Ende.

Schlussfolgerung: Wer Professionalität bei effektivstem finanziellen Mitteleinsatz will, muss bei den eigentlich fast ausschließlich unbewaffneten humanitären Aufgaben zivile Kräfte vorsehen – oder er will etwas anderes.

Die zweite der Petersberger Aufgaben sollen »friedenserhaltende Einsätze« sein. Von der Semantik her bedeutet das, dass es noch keine Kämpfe bzw. dass es einen Waffenstillstand gibt.

In der Tat kennt die Zeitgeschichte eine Reihe derartiger Einsätze. Und in der Tat kommen dafür auch Streitkräfte in Frage. Dann, wenn sich die Konfliktparteien darauf verständigt haben, zusätzlich zu politischen Vermittlungen Truppen anderer Staaten in die Kampfgebiete zu lassen, um die Gegner räumlich auf Distanz zu halten, so die Situation zu entschärfen und politische Lösungen zu erleichtern. Derartige Missionen sind vor allem als UNO-Blauhelmissionen bekannt.

UNO-Blauhelme sollten aber nur von Staaten gestellt werden, die keine unmittelbaren politischen Interessen im Verhältnis zu den streitenden Seiten bzw. in der Region des Streits haben. Es waren also bisher in der Regel Kontingente aus kleineren, nichtpaktgebundenen Ländern. Die EU als politische, wirtschaftliche und künftig – wie angestrebt – auch militärische Großmacht kann dafür demzufolge nicht in Frage kommen. Als ehrlicher Makler wird die EU in kaum einem Konflikt akzeptiert werden, da sie mit Nachdruck weit über Europa hinausreichende politische und ökonomische Interessen verfolgt. Es wird nirgends gelingen, die Zweifel mindestens einer,

2 Siehe Roland Wegener: Ein bedeutendes Jahr. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte zur Weiterentwicklung der Westeuropäischen Union (WEU), in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Bonn, H. 6/1999, S. 429.

3 Das THW zählte Ende 2003 62 000 aktive Mitglieder, Helfer genannt. Sie sind in 665 Ortsverbänden organisiert und auf 810 Technische Züge mit je 40 aktiven und 60 Reservehelfern aufgeteilt. Dazu gibt es Schnell-Einsatz-Einheiten für Bergungseinsätze im Ausland. Das THW verfügt über 6 000 Fahrzeuge unterschiedlichster Zweckbestimmung. Bei der Hochwasserkatastrophe an der Elbe im Jahre 2002 leisteten 24 000 THW-Helfer 900 000 Arbeitsstunden bei der Bekämpfung der Flut.

4 Zum Zivilschutz zählen im Weiteren die Feuerwehren (Fw), der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und der Malteser Hilfsdienst (MHD).

wenn nicht aller Konfliktparteien auszuräumen, wenn EU-Truppen in Krisengebiete geschickt würden.

»Friedenserhaltende Einsätze« in der EU-Begriffswelt könnten sich aber auch weit über die bisherigen UNO-Blauhelmissionen hinaus erstrecken. Sie könnten z. B. auch die Teilnahme an Entwaffnungen, an der Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher Kriegsverbrecher, bei der Wiederingangsetzung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, eingeschlossen die Wiederherstellung der Gesetzlichkeit und der staatlichen Ordnung, beinhalten. Doch dieses Spektrum umfasst auch hier ausnahmslos polizeiliche und eben nicht militärische Aufgaben. Alle NATO-Mächte kennen vor diesem Hintergrund die aus politischen und einsatztaktischen Gründen dringend gebotene Trennung von Polizei und Militär.

Die Schlussfolgerung daraus kann nur lauten, dass derartige »friedenserhaltende Einsätze« von Streitkräften schon aus eigenem Interesse kaum für längere Zeit ins Kalkül gezogen werden. Die nun schon über Jahre anhaltende militärische Präsenz in Bosnien-Herzegowina oder im Kosovo widerspricht dem nur scheinbar. Denn: Vorgesehen nach einer »Befriedung« ist grundsätzlich etwas anderes, allerdings fehlten dafür bislang ausreichende Voraussetzungen. Vorgesehen ist die schnellstmögliche Umstellung besetzter Territorien von einem militärisch zu einem zivil beherrschten Protektorat. Das bedeutet, dass auf Soldaten und Panzer Polizisten und Beamte folgen sollen. Die Planungen der EU sehen deshalb jetzt auch vor: 5 000 Polizisten, 200 Justizbeamte, 2 000 Katastrophenschutzkräfte, bis zu 2000 Mann vor allem an Spezialkräften sowie in größerem Umfang Verwaltungspersonal vorzuhalten.<sup>5</sup> Vor einiger Zeit kam sogar der Vorschlag, eine europäische Gendarmerie aufzustellen, die, wie in einer Reihe von EU-Staaten, unterhalb direkter militärischer Szenarien herangezogen werden könnte. Als kasernierte Truppe würde sie die Lücke zwischen der Polizei im Einzeldienst und den Streitkräften schließen.

Das ist keine bloße Theorie mehr: Als das Militär in Mazedonien entbehrlich schien und die Operation »Concordia«<sup>6</sup> am 15. Dezember 2003 endete, folgte ihr unmittelbar die EU-Polizeimission »Proxima«.<sup>7</sup>

Bei der Analyse der zweiten, also scheinbar zweitwichtigsten der Petersberger Aufgaben, der »friedenserhaltenden Einsätze«, kann man deshalb eigentlich nur zu einem Ergebnis kommen: Es handelt sich dabei um befristete Aufgaben, in der Regel um Besetzungsaufgaben. Sie sollen in der Regel nur so lange wahrgenommen werden, wie in den Besatzungsgebieten eine Gefährdung durch militärisch handlungsfähige Gegner existiert.

Bleibe die dritte: »Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen«. Sie sind ganz unübersehbar der Kern bei der Militarisierung der EU. Die im Dezember 2003 verabschiedete so genannte Europäische Sicherheitsstrategie<sup>8</sup> sieht vor, »aktiver« und mit der gesamten Palette der Instrumente, notfalls also mit aller für notwendig erachteten Gewalt, überall auf der Welt einzugreifen, wenn die Interessen der EU bedroht sind. Nach offizieller Lesart gehören dazu die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der internationale Terrorismus, die Auf-

5 Siehe Claus-Peter Müller: Nachrichten aus Brüssel, in: Europäische Sicherheit, H. 12/2003, S. 29.

6 Siehe Hans-Georg Ehrhart: Die »Operation Concordia« als weiterer Schritt zur ESVP, in: Ebenda, H. 9/2003, S. 7 f.

7 Siehe Auf Concordia folgt Proxima. Die EU-Mission in Mazedonien: Nunmehr Polizei statt Militär, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Dezember 2003, S. 5.

8 Siehe Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, in Internet: [www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html). Das Dokument lehnt sich in seiner Anlage unübersehbar an das USA-Vorbild an. (Siehe Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten vom 17. September 2002 gekürzt, in: Internationale Politik, Nr. 12/2002, S. 113-138.)

lösung staatlicher Strukturen, Bevölkerungsbewegungen oder die organisierte Kriminalität. Es braucht nicht ausargumentiert zu werden, wie rasch Begründungen daraus zur Hand sein werden, wenn Einsätze beschlossen werden sollen.

Die in der Entwicklung begriffenen militärischen Fähigkeiten der EU richten sich an dieser Aufgabe aus, nicht oder kaum an den ersten beiden. Davon wird auch die Zukunft der Bundeswehr bestimmt. Es ist charakteristisch, dass der erste von vier Punkten des Auftrages der deutschen Streitkräfte nach den am 21. Mai 2003 erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien sich eben nicht auf humanitäre, Rettungs- und friedenerhaltende Einsätze gemäß dem Petersberger Spektrum bezieht, sondern lautet: »... sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit«<sup>9</sup> Deutschlands. Und bei den Aufgaben der Bundeswehr – auch im Unterschied zu Petersberg – steht an erster Stelle: »Internationale Konfliktverhütung und *Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus* – (Hervorh. – L. S.) sind für deutsche Streitkräfte auf absehbare Zeit die wahrscheinlicheren Aufgaben und beanspruchen die Bundeswehr in besonderem Maße.«<sup>10</sup> Entsprechend ordnete Verteidigungsminister Peter Struck am 13. Januar 2004 seine Wegmarken für die Weiterentwicklung der Bundeswehr. Der streitkräftegemeinsame Ansatz unterscheidet danach (in dieser Reihenfolge!) Eingreifkräfte für »friedensschaffende« Einsätze (35 000 Mann), dann Stabilisierungskräfte für »friedenerhaltende« Einsätze (70 000 Mann) und dann erst Unterstützungskräfte für alle anderen militärischen Aufgaben (137 500 Mann). Eine klare Gewichtung zugunsten der Positionen drei und zwei der Petersberger Aufgaben also; von Aufgabe eins ist erst gar nicht die Rede. Bis zu 14 000 Bundeswehrsoldaten sollen künftig dauerhaft in Auslandseinsätze entsandt werden können – mehr als das Doppelte von heute.

Es kann überhaupt kein Zweifel bestehen, und das entspricht auch der zwingenden militärischen Logik, dass die gemeinsamen Streitkräfte der EU – wie alle Streitkräfte – also in allererster Linie auf Kampfeinsätze vorbereitet werden. Mit »Krisenbewältigung« und »friedensschaffenden Maßnahmen« ist militärischer Interventionismus<sup>11</sup> »out of area« gemeint, einzig und allein geleitet durch politische und wirtschaftliche Interessen<sup>12</sup>. Deshalb war schon vor einigen Jahren in einer vom Bundesverteidigungsministerium herausgegebenen Zeitschrift zu lesen, dass »es bei einer Intervention wahrscheinlich primär um die Durchsetzung von nationalen und Bündnisinteressen ... gehen (dürfte), z. B. Sicherung der Energieversorgung, Stärkung demokratischer Kräfte o. ä.« »In der Regel dürfte es die dauerhafte Änderung der politischen Absichten der gegnerischen Seite implizieren, sei es durch Einsicht – was nur selten oder gar nicht der Fall sein dürfte, wenn man sich die Lage im ehemaligen Jugoslawien vergegenwärtigt – oder durch direkte militärische Gewalt gegenüber der gegnerischen Führung.«<sup>13</sup> Die schon benannte so genannte Europäische Sicherheitsstrategie legt ganz in diesem Sinne das Schwergewicht auf die »globalen Herausforderungen«. Die Abhängigkeit und auch Anfälligkeit Europas von vernetzten Infrastrukturen u. a. in den Bereichen Verkehr, Energie und Information habe sich erhöht. Besonderen Anlass zur Besorgnis gebe die

9 Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin 2003, S. 27.

10 Ebenda, S. 28.

11 Nach einer offiziellen deutschen Begriffsbestimmung ist Interventionismus eine »Politik der ständigen Einmischung mit politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln in die inneren und äußeren Angelegenheiten eines Staates oder (einer – L.S.) Staatengemeinschaft.« (Ortwin Buchbender, Hartmut Bühl, Harald Kujat, Karl H. Schreiner, Oliver Bruzek: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik mit Stichworten zur Bundeswehr, 4. vollst. überarb. Aufl., Hamburg/Berlin/Bonn 2000, S. 159.)

12 Siehe Lothar Schröter: Nach dem neuen Denken ein neuer Bellizismus für das 21. Jahrhundert? Friedenspolitische und militärische Aspekte des modernen Interventionismus, in: Reinhard Brühl, Lothar Schröter (Hrsg.): Stahlhelm, Blauhelm, Friedenstaube. Friedenssicherung am Beginn des 21. Jahrhunderts, Schkeuditz 2001, S. 123-142.

13 Fred Bünz: Hoher Einsatz. Überlegungen zum Risiko-Kalkül beim Einsatz von Streitkräften, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, H. 9/2000, S. 563.

14 Militärtheoretiker und Militärs verlangen beim Interventionismus faktisch eine Neuaufgabe der Blitzkriegsdoktrin, weil ohne einen raschen militärischen Sieg – aus verschiedenen Gründen – schnell das politische Ziel unerreichbar wird. (Siehe Lothar Rühl: Von der Landesverteidigung zur Interventionsmacht. Die Wandlung der europäischen Seestreitkräfte, in: Internationale Politik, Nr. 7/2002, S. 25.).

15 Für seine Zeit hatte der kaiserliche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erkannt: »Wir sind ein junges Volk, haben vielleicht allzu viel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, dass, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt allein niemals erhalten kann.« (Zit. nach: Willibald Gutsche: Aufstieg und Fall eines kaiserlichen Reichskanzlers. Theobald von Bethmann Hollweg 1856-1921. Ein politisches Lebensbild, Berlin Ost 1973, S. 102.).

16 Heinz Kluss: Nationenbildung – Aufgabe des 21. Jahrhunderts? In: Europäische Sicherheit, H. 12/2003, S. 46.

17 Zit. nach: »... bestraft wird, wer das Empire herausfordert.« In: Neues Deutschland, 1./2. Februar 2003.

18 Siehe Boutros Boutros-Ghali: Das Nachkriegsdilemma. Über den Unilateralismus der USA, in: Ebenda, 28. April 2003.

Energieabhängigkeit des Kontinents. Dazu kämen der Wettstreit um andere Naturressourcen sowie die Konsequenzen von Bevölkerungsbewegungen. Offensichtlich soll das europäische Militär also primär auf diese im weitesten Sinne ökonomischen Aspekte ausgerichtet werden.

Angesichts der dramatischen Erfahrungen der Interventen im Irak, in Afghanistan und partiell in den jugoslawischen Nachfolgestaaten wird jetzt aber mehr und mehr nach einer schlüssigen Konzeption für die Zeit nach der Intervention bzw. nach einem mehr oder weniger, aber gewollt raschen militärischen Sieg nachgedacht.<sup>14</sup> Das ist nicht neu<sup>15</sup> und firmiert heute in aller Regel unter dem Terminus »Nation Building« oder »State Building«. Es wird suggeriert, als wolle man nach Krieg und Chaos und Diktatur eine Staatwerdung auf demokratischer Grundlage herbeiführen. In der ersten Phase dessen »bleiben Besatzungstruppen im Land stationiert, die für die innere und äußere Sicherheit sorgen und den Aufbau einheimischer Streitkräfte und Sicherheitsorgane unterstützen. Auch wird die Verwaltung anfangs überwiegend oder teilweise von ausländischen Administratoren geleitet und erst allmählich in einheimische Hände übergeben.«<sup>16</sup> Der Autor des Zitats kommt um die Einschätzung nicht herum, es sei ein »Protektoratsmodell« angewandt worden. Es geht also um die Implantierung von Varianten des kapitalistisch-neoliberalen Staats- und Gesellschaftssystems oder/und um die Errichtung von Vasallenregimes. Der Direktor des neokonservativen Instituts für strategische Studien an der Harvard-Universität in Cambridge/Massachusetts und einer der Vordenker der aggressiv-reaktionären Bush-Administration Stephen P. Rosen sprach es offen aus: »... unser Ziel (ist) nicht der Sieg über einen Rivalen, sondern die Aufrechterhaltung unserer imperialen Stellung und der imperialen Ordnung.« »Im Verhältnis zur Sowjetunion musste der Krieg vermieden werden. ... Imperiale Kriege zur Wiederherstellung der Ordnung unterliegen solcher Einschränkung nicht.«<sup>17</sup>

Kein geringerer als der frühere Generalsekretär der UNO Boutros Boutros-Ghali nannte die Dinge beim Namen, als er die Führung in Washington als »US-amerikanische Neo-Imperialisten« bezeichnete.<sup>18</sup> Der heutige Imperialismus, der nicht nur in den USA existiert, könnte dabei im Zeitalter der Globalisierung auch als Globalisierungs-Kolonialismus bezeichnet werden. Er unterscheidet sich vom klassischen Kolonialismus des 19. und 20. Jahrhunderts und vom Neokolonialismus der letzten 40 Jahre des 20. Jahrhunderts dadurch, dass er zu den gewaltsamen Methoden der Unterwerfung zurückkehrt und dies nicht nur in den früheren Kolonialgebieten, sondern auch in Regionen, in denen es keine Kolonien gab bzw. die ehemals zur so genannten zweiten Welt gehörten. Der Globalisierungs-Kolonialismus ist damit so weltumspannend, wie es der klassische und der Neokolonialismus nie waren. Mit ihrer Militarisierung macht die EU klar, dass sie sich daran beteiligen will.